



---

## Niemand zurücklassen: Das Potenzial der Berufsausbildung ausbauen und nutzen

Eine Positionierung für das **Jahresforum**Extra „Vielfalt in der Ausbildung“  
am 14./15. Dezember 2016 in Berlin

### **Ausbildungslosigkeit in einer Zeit von Fachkräftemangel**

Auch heute - wo Betriebe um Auszubildende werben und es Sorgen über fehlenden Fachkräftenachwuchs gibt – erhalten keineswegs alle Jugendlichen, die eine Ausbildung aufnehmen möchten, einen Ausbildungsplatz und schon gar nicht einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl. *Jugendliche mit Migrationshintergrund* gehören überdurchschnittlich häufig zu jenen, die ohne Ausbildung bleiben. Aber ohne Ausbildung zu bleiben, ist für die künftige selbständige Lebensführung ein dauerhaftes Risiko.

### **„Eine Schere klafft im Bildungssystem“**

„Eine Schere klafft im Bildungssystem“ – so lautet die Überschrift in der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ vom 16.6.2016 zu den Ergebnissen des 4. Nationalen Berichts „Bildung in Deutschland 2016“ (<http://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016>). Ein solcher Bericht wird alle zwei Jahre von einer Gruppe führender Bildungsforschungseinrichtungen im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vorgelegt. Schwerpunkt dieses Jahres ist „Migration und Bildung“. Ein Ergebnis: Noch immer verlassen doppelt so viele Schüler\_innen mit Migrationshintergrund als ohne die Schule ohne Abschluss. Zugleich steigt die Bildungsbeteiligung allgemein an, auch in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte ist dies so.. Während also insgesamt das Bildungsniveau steigt, bleiben bestimmte Gruppen abgehängt – und bei diesen Gruppen sind jene mit Migrationsgeschichte besonders stark vertreten. Das gilt auch für den Einstieg in eine Berufsausbildung, bei der die zentrale rechtliche und faktische Stellung der ausbildenden Betriebe von großem Einfluss ist.

### **Benachteiligung ist hartnäckiger als gedacht und gehofft**

Benachteiligung ist hartnäckiger, als gedacht und gehofft wurde – so jedenfalls auch die Einsicht aus dem Jahresforum der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative, das im Sommer 2016 in Weinheim und Mannheim stattfand ([www.kommunale-koordination.de](http://www.kommunale-koordination.de)). Nicht einmal jeder zweite Hauptschüler schafft nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung nahtlos den

Sprung von der Schule in die Ausbildung; in manchen Sekundarschulen ist die Quote des Übergangs in Ausbildung noch wesentlich niedriger. „Die Diskriminierung beginnt bei der Lehrstellensuche und setzt sich im Job fort.“, schreibt die Wochenzeitung DIE ZEIT 2015. Es gibt hierzu Studien und Berichte zuhauf: dieser Fakt ist gut und seriös belegt.

Vieles ist in den letzten Jahren im Feld der Berufsorientierung geschehen; hierfür gibt es gute Beispiele. Gerade vor diesem Hintergrund wird deutlich: gute Berufsorientierung ist eine unverzichtbare Voraussetzung. Aber der Einstieg in Berufsausbildung und ihr erfolgreicher Abschluss für jene, die bisher „außen vor“ geblieben sind, gelingen nur, wenn Betriebe *und* Berufsschulen sich (noch) weiter für Vielfalt oder Heterogenität öffnen. Zugleich müssen Betriebe und Berufsschulen hierbei das *pädagogische Potenzial, das berufspraktische Lernen und die duale Lernortskombination haben*, (noch) wirksamer werden zu lassen. In diesem Sinne ist *Ausbildungsqualität* auch integrationspolitisch eine wichtige „Stellschraube“.

### **Das Teilhabe-Potenzial der Berufsausbildung ausbauen und nutzen**

Auch Jugendliche, die motiviert und gut „beruflich orientiert“ sind, scheitern an Auswahlentscheidungen der Betriebe. Die Ablehnungen haben vielfach ihren Grund in der Erwartung, dass diese Jugendlichen die in der Ausbildung und in den Abschlussprüfungen geforderten Leistungen nicht bewältigen (können). Tatsächlich ist die Zahl der Ausbildungsabbrüche – nach Ausbildungsbereichen und Gründen sehr unterschiedlich – hoch. Das ist ein ganz erstaunlicher Tatbestand: das enorme *Bildungs- und Sozialisations-Potenzial berufspraktischen Lernens*, also das Lernen nicht unter schulischen, sondern unter sogenannten Ernstbedingungen gehört zu den festen Überzeugungssätzen vor allem auch der Vertreter des „Dualen Systems“. De facto scheint es aber erhebliche und für die Jugendlichen folgenreiche Zweifel an der pädagogischen Leistungsfähigkeit Dualer Berufsausbildung zu geben. Die Ausgrenzungspraxis kritisiert heftig manche Postulate aus Sonntagsreden.

### **Zuständigkeiten: hin- und hergeschoben? Besser: Gemeinsame Verantwortung**

Von betrieblicher Seite wird oftmals argumentiert, dass die Probleme weniger in der betrieblichen Ausbildungspraxis bestünden, als in der Berufsschule, zumal die Anforderungen der Ausbildung gestiegen seien. Ja: die Teilzeitberufsschule folgt schulischen Curricula und oftmals noch jenem schulischen Typ von Lernen, mit dem viele dieser Jugendlichen schon in der Sekundarschule Schwierigkeiten hatten. Betriebe weisen darauf hin, dass sie mit der pädagogischen Stützung von Scheitern bedrohter Auszubildender überfordert sind.

Der Mehrwert „Dualen Lernens“ bestünde nun gerade darin, dass sich das Lernen an den beiden Lernorten zu einem neuen Bildungstyp zusammen fügt, in der die betriebliche Praxis einen erheblichen Schub an Neugier und Motivation auch für jenen Lernstoff bringt, um den es in der Berufsschule geht, und umgekehrt. Nur: Die Ausbildung im Betrieb und die Bildung in der Berufsschule sind pädagogisch nicht ausreichend aufeinander bezogen. Dies ist eine große Schwäche des „Dualen Systems“, wie es heute vor uns steht.

### **Öffnung der Ausbildung für Vielfalt: ein Prüfstein für die Teilhabe-Chancen in der Einwanderungsgesellschaft**

Die tatsächliche *Öffnung der Berufsausbildung* für jene, die bisher abseits gestanden haben, gehört gegenwärtig zu den zentralen Herausforderungen.

Warum ist dies so wichtig?

- Erfolgreiche Berufsausbildung und gelingender Einstieg in eine Fachbeschäftigung sind die Basis für eine *selbständige Lebensführung* ohne dauerhafte staatliche Transferleistungen.
- Viel ist in *Berufsorientierung* investiert worden, und hierbei gibt es reale Fortschritte. Es ist nicht leicht, dass Jugendliche, die ohne einen positiven Bezug zur Arbeitswelt aufwachsen, Interesse an einem Beruf gewinnen, sich kümmern und sich bewerben. Dann, aber, wenn sich dieses Interesse entwickelt hat, schließlich doch keinen Ausbildungsplatz zu erhalten, untergräbt die Motivation, und das Gefühl, nicht dazu zu gehören, bestätigt sich erneut. Erneutes Scheitern trotz Motivation und Anstrengung breitet sich als *Negativbotschaft* aus: in den Familien, in den Schulklassen und den Freundeskreisen. Das sind verheerende Effekte.
- Schließlich droht Ausbildungslosigkeit eine große soziale Minderheit zu verstärken, die in vielfacher Hinsicht von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Soziale Spaltung aber bedroht den Zusammenhalt und die demokratische Kultur unserer Gesellschaft.

*Drei Felder* müssen vorrangig gestaltet werden, die positiv im Sinne einer Öffnung von Ausbildung für jene, die bislang abseits gestanden haben, zu wirken:

- Werbung, Ansprache und eine systematische Abfolge von Betriebspraktika müssen sich auf die tatsächliche Vielfalt orientieren,
- Auswahlverfahren und Einstellungsentscheidungen müssen unter dem Gesichtspunkt der Öffnung von Zugangschancen überprüft und verändert werden,
- das Lernen in der Berufsausbildung muss *pädagogisch auf Vielfalt* ausgerichtet werden; insbesondere auch im Sinne einer Neujustierung der pädagogischen Kooperation zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule.

Diejenigen Jugendlichen, die bisher abseits gestanden sind, vielfältige Erfahrungen mit Scheitern haben und schulisch nicht zu den Besten gehören, sind dabei im Grunde auf Betriebe mit einer besonders guten Ausbildung angewiesen, um erfolgreich ihren Weg zu finden.

### **Dringende Handlungsbedarfe**

- Das pädagogische Potenzial praktischen Lernens in Betrieben und Berufsschulen muss ausgebaut und verstärkt genutzt werden. Dies gilt insbesondere auch für die dringende Vertiefung der pädagogischen Lernortkooperation, mit dem Ziel, auch Jugendliche mit schlechteren Startbedingungen einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen. Begleitende Maßnahmen zur Ausbildungssicherung müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit justiert und vor allem in einen tragfähigen kooperativen Zusammenhang gebracht werden.
- Der Zugang zur Berufsausbildung muss für Jugendliche, die bislang im Zuge der überkommenen betrieblichen Auswahlverfahren gescheitert wären, erleichtert werden. Dies kann insbesondere durch eine stärkere positive Bewertung erfolgreich absolvierter Betriebspraktika, die in gute schulische Berufsorientierungsprozesse eingebettet sind, erreicht werden (Stichwort: Qualifizierte Vierstufigkeit). Eine transparente, auf die Entwicklung der Jugendlichen orientierte einheitliche Dokumentation der Betriebspraktika ist hierfür Voraussetzung.
- Berufsorientierung ist als ein kooperativer Prozess (Stichwort: Lernallianzen) zu verstehen: Kooperationsmodelle zwischen allgemeinbildender Schule und Berufsschule und zwischen allgemeinbildender Schule und Betrieben müssen ausgebaut, gesichert und mit förderlichen Rahmenbedingungen versehen werden.

- Insgesamt muss den Berufsbildenden Schulen als zentrale Institution im System des Übergangs und der Berufsausbildung verstärkt bildungspolitische Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie müssen – auch in enger Kooperation untereinander – zu lokalen Berufsbildenden Kompetenzzentren weiterentwickelt werden.
- Die Berufsorientierung an sogenannten „Brennpunktschulen“ muss verstärkt werden. Hierzu sind nicht nur Kooperationsmodelle auszubauen und zu sichern, sondern die Verankerung der Berufsorientierung als „Aufgabe der ganzen Schule“ muss in der Lehrerschaft stärker gefestigt und personell gestärkt werden.
- Wirkungsvolle Verstärkung von Berufsorientierung und Öffnung von Ausbildung für Jugendliche, die bisher „abseits gestanden“ haben, braucht auch begleitendes Empowerment für diese Jugendlichen selbst: Stadtteilarbeit und „Clubs“ gehören zu den Ansätzen, die Erfolg versprechen. Sie müssen stärker als bisher kooperativ verknüpft werden.
- Die institutionellen Ansätze zur Förderung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt, wie z.B. Kommunale Koordinierung, bzw. die entsprechenden Landesprogramme, müssen um „Erfolgreiche Ausbildung“ erweitert werden. Die Transferagenturen sind aufgefordert, dies zu einem ihrer Orientierungspunkte bei der Beratung vor Ort zu machen.
- In den lokal-regionalen „Übergangssystemen“ müssen Arbeitsteilung *und* Kooperation um die Akteure der Berufsausbildung bzw. der Arbeitswelt erweitert werden, also um die Beruflichen Schulen, die Berufsbildungsausschüsse der Kammern, wichtige „Leitbetriebe“, um Jugendberufsagenturen und die Agenturen für Arbeit.

Für alle diese Handlungsfelder gibt es bereits erprobte und aussichtsreiche Praxis, die als Modell genutzt werden kann. Von daher ist ein wichtiges Erfordernis, unter der Prämisse von „Vielfalt in der Ausbildung“

- Gute Praxis zu dokumentieren, erfahrbar und „begehrbar“ zu machen und Schritte einzuleiten, erprobte und belastbare „gute Praxis“ in Regelbausteine zu überführen.

## **Das kommunale Interesse: Ausbildung und gelingende Bildungsbiografien**

Jenseits der formalen Zuständigkeiten ist unbestreitbar, dass die Kommunen ein Interesse an *gelingenden Bildungsbiografien* haben und haben müssen. Vor zehn Jahren, als die Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, wurde dieses Interesse hauptsächlich *negativ* bestimmt: nämlich in dem Sinne, dass *misslingende* Bildungsbiografien den Kommunen „vor die Füße fallen“.

Gemeint waren damit die sozialen Folgen misslingender Bildungsbiografien, also unsichere Beschäftigung, Sozialkosten, Störungen im sozialen Zusammenhalt. Zudem erwarten die Eltern, dass dort, wo sie wohnen, wo ihre Heimat ist, ihre Kinder auch gut aufwachsen können. Zu dem sozialen Motiv kommt also die Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen hinzu.

Darüber hinaus wird Bildung immer stärker auch als ein Standortfaktor erkannt, der für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft der Kommune wichtig ist. Dieses mehrfache kommunale Interesse an gelingenden Bildungsbiografien macht, dass den Kommunen nicht gleichgültig sein kann, was *in den* Bildungsprozessen geschieht, also, ob sie *alle* Kinder und Jugendlichen mitnehmen und motivieren und was an Kompetenzen und Haltungen am Ende herauskommt.

Übergänge gehören zu den riskanten Strecken in Bildungsbiografien. Aber: Vieles, was dort schief gehen kann, hat auch damit zu tun, was *zwischen den Übergängen passiert*, also im jeweiligen pädagogischen Geschehen. Es kommt also vor allem darauf an, welche *pädagogische*

Qualität das „normale“ Lehr-Lern-Geschehen in den Bildungseinrichtungen hat und wie dies durch Partnerschaften ergänzt, vertieft und erweitert wird.

### **Vielfalt in der Ausbildung lokal und auch landesweit zum Thema machen, zugleich weitere bürokratische Zirkel vermeiden**

Die konzeptionelle und praktische Aufmerksamkeit muss also die „Schwelle“ des Ausbildungseinstiegs im Blick haben *und* überschreiten und sich auch auf die Sicherung erfolgreicher Ausbildungsprozesse richten. Es ist also nicht abwegig, sondern plausibel, *Bildungsqualität* zu einem kommunalen Thema zu machen. Die Kommunale Koordinierung kann sich – wie dieses Beispiel zeigt – pädagogischen Fragen nicht verschließen, sondern muss vor Ort *Arbeitsformen* anregen und betreiben, die einen Beitrag zu einer *pädagogischen Innovation* leisten. Dabei ist alles zu vermeiden, damit lokales und kommunales Engagement nicht zu einem weiteren bürokratischen Zirkel wird, der Zeit kostet, aber wenig bewirkt. Stichwort ist hier: Lokale Verantwortungsgemeinschaft!

Themen und Partnerschaft der Lokalen Verantwortungsgemeinschaft müssen also erweitert werden: zu dieser erweiterten Partnerschaft gehören Ausbildungsbetriebe und *Berufsschulen*, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, die sich vor allem an junge Erwachsene auf deren Weg in eine selbständige Lebensführung richten, und die neuen Jugendberufsagenturen. Denn die Jugendberufsagenturen werden vor allem mit jenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun haben, die nicht weiter zur Schule gehen und *zunächst* den Weg in eine Ausbildung nicht gefunden haben oder dieser ihnen nicht ermöglicht wurde.

Das JahresforumExtra „Vielfalt in der Ausbildung“ am 14./15.12.2016 ist in diesem Sinne auch Start einer **Kampagne „Berufsausbildung für Vielfalt öffnen. Niemanden zurücklassen“**, die die beiden Veranstaltungspartner – der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats und die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative im Jahr 2017 weiterführen werden.



**Andreas Germershausen**  
Beauftragter des Berliner Senats für Integration  
und Migration



**Heiner Bernhard**  
Oberbürgermeister von Weinheim (Bergstr) und  
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative



**Dr. Wilfried Kruse**  
Koordinator der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative

Berlin/Weinheim, am 14. Dezember 2016